

Antrag Nr. 13

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Kein Raubbau an der Zukunft: Rechte junger Menschen jetzt verteidigen!

Junge Menschen leiden stark unter den Folgen der Teuerung. Das zeigt der 1. AK Jugendmonitor, eine repräsentative Umfrage unter 1.200 jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren. Die Auswirkungen sind in allen Lebensbereichen spürbar und die Belastungen, von denen junge Menschen berichten, sind ein Alarmsignal. Die soziale Schere innerhalb der jungen Generation geht teuerungsbedingt weiter auseinander.

Die Zukunft muss auf die lange Bank geschoben werden: Die finanziellen Ressourcen vieler junger Menschen sind aufgebraucht. Kosten für Lebensmittel, Heizung und Strom stellen für rund 60% der unter 30-Jährigen eine Belastung dar, Wohnkosten für knapp die Hälfte. 54% geben an, sie hätten teuerungsbedingt ihre Ersparnisse aufgebraucht, sich Geld geliehen, das Bankkonto überzogen oder einen Kredit aufgenommen. Zukunftspläne, wie die erste eigene Wohnung (24%) oder die eigene Ausbildung (20%), werden verschoben. Teuerung und Ausbildungsabbrüche belasten junge Menschen nicht nur im Hier und Jetzt, sondern haben massive Folgewirkungen für ihre Biografien und zwingt junge Menschen zum Raubbau an der eigenen Zukunft.

Ausbildungsabbrüche verhindern – Hürden am Weg zum Abschluss beseitigen: Bildungsabschlüsse beeinflussen maßgeblich die Chancen am Arbeitsmarkt, das Einkommen und die Möglichkeit eines Normalarbeitsverhältnisses. Die steigende Jugendarbeitslosigkeit unterstreicht die Notwendigkeit, die Voraussetzungen junger Menschen bei der Arbeitssuche zu verbessern. Um zu verhindern, dass junge Menschen aufgrund der Teuerung ihre Ausbildungspläne auf Eis legen oder gar abbrechen, braucht es daher neben einer Sicherung des Lebensunterhaltes, einer unterstützenden Begleitung auf den letzten Metern auch Verbesserungen in der Lehrausbildung.

Österreichs Lehrlingswesen ist immer noch internationales Vorbild, wenn es um die frühe Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen geht. Gerade wenn man genauer hinschaut, zeigen sich dennoch viele Verbesserungspotentiale des Lehrlingswesens. Im regelmäßig erhobenen Lehrlingsmonitor stellen AK, ÖGB und ÖGJ immer wieder fest, dass sich bestimmte Probleme in der Lehre hartnäckig halten: illegale Überstunden, schlechtes Image, Fachkräftevertreibung, Geschlechterstereotypen in der Berufswahl u.v.m.

Psychische Belastungen sind weiterhin hoch: Sorgen über ihre aktuelle finanzielle Lage und über die Zukunft belasten junge Menschen und schlagen sich auf das psychische Wohlbefinden. Ökonomische Unsicherheit und prekäre Dienstverhältnisse verstärken die psychische Belastung der Befragten des AK Jugendmonitors. Gleichzeitig müssen fast 60% bei Ausgaben für Freizeit sparen, was die angespannte, psychische Lage noch verschärft. Psychischen Belastungen junger Menschen sind somit nicht nur ein Relikt der Coronapandemie, sie werden auch durch die weltweiten Krisen der letzten Jahre und die Belastungen, die sich aus der Teuerung ergeben, verstärkt.

Kein Vertrauen in die Demokratie: Die beschriebenen Ergebnisse des Jugendmonitors stehen im Kontext großer gesellschaftlicher Veränderungen und Unsicherheiten. Geopolitische Konflikte, die Klimakrise und das

Auseinandergehen der sozialen Schere beschäftigen junge Menschen – gleichzeitig werden sie in die Erarbeitung von politischen Lösungen nicht eingebunden. Nur ein Viertel aller jungen Menschen fühlt sich im Parlament gut vertreten. Jene 30%, die finanziell am schlechtesten abgesichert sind, glauben am wenigsten, politisch etwas bewirken zu können und wünschen sich mehr Mitbestimmung. Unter Lehrlingen ist der Eindruck der politischen Selbstwirksamkeit besonders niedrig. Die Anliegen junger Menschen müssen mehr Eingang in politische Prozesse finden – und dafür müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Junge Menschen und ihre Interessenvertretungen müssen mehr einbezogen werden und ihrer Expertise in der politischen Willensbildung mehr Gewicht bekommen. Um die Rechte junger Menschen im Hier und Jetzt durchzusetzen, aber auch um ihnen Zukunftschancen zu ermöglichen!

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

Folgen der Teuerung abfedern

- **Weg mit den befristeten Mietverträgen:** Immobilienkonzerne, Versicherungen und andere große Wohnungsbesitzer:innen sollen zukünftig nur mehr unbefristet vermieten dürfen.
- **Offensive für geförderten Wohnbau:** Jährliche, zweckgewidmete Wohnbauförderungs milliarde für die Länder. Öffentliche Grundstücke für den geförderten Wohnbau reservieren.
- **Mieten wirksam deckeln:** Indexgebundene Mieten nicht öfter als einmal im Jahr erhöhen und die Erhöhung auf zwei Prozent begrenzen.
- **Startwohnungen:** Fixer Prozentsatz der Neubauten als günstige Startwohnung für junge Menschen bereitstellen.
- **Lebensmittelpreise:** Einrichtung einer Preistransparenzdatenbank und eines Preisgesetzes mit "Biss".
- **Leistungsfähige Energieversorgung** und ein vergünstigter Tarif für einkommensschwache Haushalte.

Hürden auf dem Weg zum Berufsbildungsabschluss beseitigen

- **Ausweitung der Berufsorientierung,** um die ganze Bandbreite der verschiedenen Berufe und Weiterbildungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
- **Ausweitung des Jugendcoaching** als kontinuierliche Begleitung zur Stärkung in der Selbstwirksamkeit, Identitätsentwicklung.
- **Rechtsanspruch auf Qualifizierungsgeld:** Für alle Personen über 25 Jahren, die eine berufliche Neuorientierung suchen oder grundlegenden Aus- und Weiterbildungsbedarf haben.
- **Schaffung einer unabhängigen Lehrlingsstelle:** Die Lehrlingsstelle soll aus der Wirtschaftskammer herausgelöst und in eine eigene Behörde umgewandelt werden, mit entsprechendem Qualitätssicherungsauftrag und als Aufsichtsorgan über das Lehrlingswesen.

Transparente und zeitgemäße Lehrabschlussprüfungen (LAP)

- **Verbesserungen für Lehrlinge**
 - LAP öffentlich machen (Zuschauer:innen erlauben)
 - Rechtsgrundlage zur Einsichtnahme in LAP-Unterlagen mind. 12 Monate nach Ablegen der Prüfung schaffen.
 - Durchgängige Ausstattung der Prüfungsorte mit digitalen Geräten, so dass relevante Prüfungsteile (z.B. schriftliche Kundenkommunikation) nicht mehr handschriftlich durchgeführt werden müssen.
 - Anfechtungsmöglichkeiten bei negativen Beurteilungen schaffen.

- Direkte Einhebung der Prüfungstaxe bei den Lehrbetrieben durch die Lehrlingsstelle.
- Anspruch auf Besuch der Berufsschule (in der Arbeitszeit) von (ehemaligen) Lehrlingen, welche innerhalb der Lehrzeit die Berufsschule nicht positiv abgeschlossen haben.
- **Verbesserung für Prüfer:innen**
 - Regelmäßige Auffrischkurse für LAP-Prüfer:innen
 - Bezahlte Freistellung für die Kurse und für die Prüfungszeit
 - Bezahlung für LAP-Prüfer:innen aus den Mitteln der Lehrlingsförderung
 - Anspruch auf bezahlte Dienstfreistellung für Prüfer:innen
 - Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Prüfer:innen
 - Möglichkeit für die nominierende Stelle schaffen, Prüfer:innen auch wieder abzufragen
- **Anrechenbare Teilprüfungen**
 - Die Struktur der Lehrausbildung so umstellen, dass Teilprüfungen während der Lehrzeit möglich sind (nach dem deutschen Vorbild der "gestreckten Abschlussprüfungen").
 - Diese sollen (bei positivem Ergebnis) auf die LAP angerechnet werden, so dass der Druck einer einzigen großen Abschlussprüfung gemindert wird.
- **Finanzielle Unterstützung:** Deckung des Lebensunterhalts (DLU) für Lehrlinge in der Überbetrieblichen Ausbildung anheben.
- **Freifahrt für Block-Berufsschulunterricht:** Lehrlinge, deren Berufsschule außerhalb ihres Verbundgebietes ist, sollen einen Anspruch auf ein Klimaticket haben, dessen Gültigkeit auf den Zeitraum ihres Berufsschulbesuchs beschränkt ist.
- **Abschaffung der Deckelung der Lehrstellenförderung (aktuell 280 Mio. €),** um u.a. die Finanzierung der Internatskosten, Kursmaßnahmen und Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung nicht zu gefährden.
- **Lücken in der Förderung der Internatskosten schließen:** Die Förderrichtlinie ist so anzupassen, dass Lehrlinge, welche die letzte Berufsschulklasse erst nach Beendigung der Lehrzeit absolvieren, z.B. wenn sie eine Klasse wiederholen müssen, die Internatskosten durch die Lehrstellenförderung finanziert bekommen.

Psychischen Belastungen begegnen und Freizeit ermöglichen

- **Vollfinanzierte Psychotherapie für Jugendliche** und ausreichend Plätze für die notwendige psychosoziale, niederschwellige Versorgung.
- **Keine volle Weitergabe der Inflation** bei Nutzungsentgelten öffentlicher Freizeiteinrichtungen.
- **Freifahrt bis 18 [bzw. 25] für Jugendliche in Ausbildung**
 - Ausweitung der Jugendfreifahrt für unter 18jährige im Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG)
 - Ausweitung der Jugendfreifahrt für unter 25jährige, sofern diese in einer Ausbildung sind und Familienbeihilfe beziehen
- **Ausweitung der Schulsozialarbeit** zur frühzeitigen Erkennung von Belastungssituationen und adäquater Hilfestellung mit multiprofessionellen Teams durch **Umsetzung des AK Chancenindex.**

Repräsentation und Mitbestimmung

- **Weiterentwicklung der wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) für Kinder und Jugend** im österreichischen Gesetzgebungsprozess zu einem qualitativ hochwertigeren Instrument, damit die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf Kinder und Jugendliche besser dargestellt werden und Interessenvertretungen auch leichter ermöglicht wird, auf den politischen Prozess einzuwirken.
- **Gründung eines Institutes für Jugendpolitik** nach Vorbild des deutschen Bundesjugendkuratoriums, das mit wissenschaftlicher Expertise und unter Einbeziehung der gesetzlichen Interessenvertretungen die Regierung in Fragen der Querschnittsmaterie Jugendpolitik berät.
- **Mehr Demokratie:** Fairer Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft besonders für junge Menschen, die in Österreich geboren wurden.
- **breiter Zugang zu demokratischer Willensbildung und Gesetzgebungsprozesses** durch gewählte Vertreter:innen, wie beispielsweise der Bundesjugendvertretung, Schulvertreter:innen sowie der Gewerkschaftsjugend sichergestellt werden.
- **Gesetzliche und finanzielle Absicherung der Bundesjugendvertretung** als gesetzlicher Interessenvertretung junger Menschen – durch eine Umwandlung in eine Körperschaft öffentlichen Rechts.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich